

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 04.12.2013
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Selige, Dieter

Mitglieder

Dälken, Martin
Daudt, Georg
Gröne, Christoph
Jantos, Annette
Lorenz, Robert für Springmeier, Wolfgang
Lücke, Dagmar
Pesch, Karl-Heinz
Rehm, Johannes für Hebbelmann, Udo
Schmechel, Peter
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich für Grottendieck, Jürgen

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar
Plogmann, Karl-Heinz
Stiegemeyer, Wolfgang
Zumbrock, Peter
Belling, Christian

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Grottendieck, Jürgen
Hebbelmann, Udo
Springmeier, Wolfgang

Gäste

Herr Graf - IHK Osnabrück
Herr Hesse - IHK Osnabrück

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Standort-Monitor Georgsmarienhütte - mündlicher Vortrag Herr Graf (IHK)
3.	Genehmigung des Protokolls Nr.5/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 18.09.2013
4.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
4.1.	Besichtigung Fa. Stavermann
5.	Berichtswesen 30.09.2013 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/056/2013
6.	Haushaltsplan 2014 - Entwurf Gesamthaushalt - mündlicher Vortrag
7.	Stellenplan für das Jahr 2014 Vorlage: MV/059/2013
8.	Änderung des Gebührentarifes für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sowie Trichinenuntersuchung Vorlage: BV/233/2013
9.	NLG-Verträge: aktuelle Verfahrensstände und nachträgliche Genehmigung bisher fehlender Beschlüsse Vorlage: BV/248/2013
10.	Beantwortung von Anfragen
11.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der

Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Standort-Monitor Georgsmarienhütte - mündlicher Vortrag Herr Graf (IHK)

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Herren Graf und Hesse von der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, die die Ergebnisse des IHK-Standortmonitors für die Stadt Georgsmarienhütte vorstellen werden.

Zu Beginn des Vortrags verweist Herr Graf auf einen Artikel in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 26.11.2013, in dem bereits zu lesen gewesen sei, dass die Stadt Georgsmarienhütte bei der Befragung ortsansässiger Unternehmen zur Standortzufriedenheit sehr gute Ergebnisse erzielt habe. Dies sei jedoch kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, sondern es sollte bei bestimmten Faktoren weiterhin daran gearbeitet werden, die Standortzufriedenheit der Unternehmen weiter zu verbessern.

Die Ergebnisse des IHK-Standortsmonitors werden nachfolgend von Herr Hesse in einer Präsentation, die diesem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt ist, detailliert erläutert.

Der Standortmonitor sei aus drei Pfeilern entwickelt worden und zwar der Unternehmensbefragung zur Standortzufriedenheit, des Datenvergleichs mit statistischen Kennzahlen und dem Ortscheck in Form von Gesprächen mit den Kommunen vor Ort.

Bei der Unternehmensbefragung wurden insgesamt 30 Standortfaktoren abgefragt, die in 5 Gruppen eingeteilt werden können, nämlich

- Infrastruktur,
- Standortkosten,
- Arbeitskräfteangebot,
- Wirtschaftsklima und
- Standortattraktivität.

Die Umfragebeteiligung bei den Georgsmarienhütter Unternehmen lag bei 20 %. Die genannten fünf Themenbereiche seien von den Unternehmen Hinblick auf Wichtigkeit und Zufriedenheit bewertet worden.

Im Themenbereich Infrastruktur zeige sich bei den Georgsmarienhütter Unternehmen eine überwiegend gute Zufriedenheit. Bei den Standortkosten nehme der Faktor Gewerbesteuer und Grundsteuer eine hohe Wichtigkeit ein; die Zufriedenheit sei hier nicht so hoch ausgeprägt, liege aber dennoch nicht im negativen Bereich. Grund hierfür sei der in Georgsmarienhütte im Vergleich zu den Umlandgemeinden hohe Gewerbesteuerhebesatz.

Beim Arbeitskräfteangebot sei der Faktor Verfügbarkeit beruflich qualifizierter Fachkräfte als besonders wichtig beurteilt worden; die Zufriedenheit sei in diesem Bereich jedoch nur

gering ausgeprägt. Hier sei bereits der demographische Wandel mit sinkender Zahl von Nachwuchskräften zu spüren. Da die Unternehmen in besonderem Maße von der Verfügbarkeit von Fachkräften abhängig seien, stelle diese Entwicklung in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für die Unternehmen dar.

Im Bereich Wirtschaftsklima sei die Zufriedenheit beim Faktor Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung stark ausgeprägt, wohingegen die Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit neuer Gewerbeflächen gering ausgeprägt sei. Es gebe hier Firmen, für die Expansionsmöglichkeiten existenziell wichtig seien.

Der Themenbereich Standortattraktivität spiele für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften eine große Rolle und stelle daher eine wichtige Indikatorgruppe dar. Die Zufriedenheit sei bei den meisten Faktoren relativ groß, da Georgsmarienhütte hier von der Nähe zum Oberzentrum Osnabrück profitieren könne. Weniger große Zufriedenheit bestehe bei den Faktoren Hotel- und gastronomische Angebote sowie Einrichtungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier sollte versucht werden, vorhandene Einrichtungen bekannter zu machen.

Da man bereits im Jahr 2004 eine entsprechende Umfrage durchgeführt habe, sei auch die Veränderung der Wichtigkeit der einzelnen Standortfaktoren untersucht worden. Ermittelt worden seien die fünf Faktoren, bei denen die Wichtigkeit stark zugenommen habe und fünf Faktoren, deren Wichtigkeit abgenommen bzw. weniger stark zugenommen habe. Gleichzeitig habe man die Entwicklung der Zufriedenheit untersucht und gegenübergestellt. Dabei zeige sich, dass dort wo die Wichtigkeit zugenommen habe, die Zufriedenheit gesunken sei. Auffällig sei, dass in Georgsmarienhütte die Zufriedenheit mit der Gewerbesteuer zugenommen habe, was dadurch erklärt werden könne, dass in anderen Standorten insbesondere im benachbarten Nordrhein-Westfalen die Hebesätze stetig steigen, während diese in Georgsmarienhütte seit Jahren stabil seien.

Beim Vergleich der Stadt Georgsmarienhütte mit dem Durchschnittswert aller Kommunen des IHK-Bezirks sei festzustellen, dass in Georgsmarienhütte bei den meisten Standortfaktoren die Zufriedenheit deutlich über dem Durchschnittswert liege, was insgesamt ein sehr gutes Ergebnis darstelle.

Im IHK-Bezirk seien auch die Gewerbesteuerhebesätze der Kommune der Zufriedenheit mit der Höhe der Gewerbesteuer gegenübergestellt worden. Hierbei sei festzustellen, dass ein hoher Gewerbesteuerhebesatz nicht zwingend zu einer geringen Zufriedenheit führe und umgekehrt; hier spielen vielmehr die Verhältnisse im Umfeld, d.h. in den umliegenden Kommunen eine große Rolle.

Die Wichtigkeit und Zufriedenheit der fünf Standortfaktoren sei auch in einem Achsendiagramm dargestellt worden, wobei sich bestenfalls alle fünf Faktoren im oberen rechten Bereich befinden sollten. Dieses Ergebnis werde für Georgsmarienhütte erreicht.

Zusammenfassend sei somit festzustellen, dass Georgsmarienhütte sehr gut dastehe.

Nach Ende des Vortrags wird den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit zur Diskussion gegeben.

Ratsmitglied Rehm merkt an, dass das vorgestellte Ergebnis Mängel im ÖPNV-Angebot aufzeige und fragt an, ob hierzu detailliertere Aussagen gemacht werden können.

Herr Hesse erklärt hierzu, dass konkrete Mängel nicht benannt worden seien; wahrscheinlich sei hier der Vergleich zum Oberzentrum Osnabrück gezogen worden, wo sehr viel bessere ÖPNV-Anbindungen bestehen.

Herr Rehm weist außerdem darauf hin, dass das Kultur- und Freizeitangebot offensichtlich eine hohe Wichtigkeit einnehme. Diese Erkenntnis solle auch in die Diskussion um eine Sanierung des Freibades einfließen.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer erkundigt sich, was von den Unternehmen hinsichtlich des Faktors Weiterbildungsmöglichkeiten vor Ort gewünscht werde. Herr Hesse antwortet hierzu, der Bereich Weiterbildung sei ein weites Feld und könnte vertieft werden, wenn hier eine besondere Unzufriedenheit festzustellen wäre. Dies sei jedoch nicht der Fall.

Auf Anfrage erklärt Herr Graf, dass ein Ranking der Kommunen nicht veröffentlicht werde.

Ratsmitglied Lorenz bezweifelt, dass die Umfrage bei einer Beteiligung von 20 % und einer Durchführung ohne wissenschaftliche Begleitung als repräsentativ gewertet werden könne.

Nach Abschluss der Diskussion spricht der Ausschussvorsitzende Selige den Herren Graf und Hesse seinen Dank für den informativen Vortrag aus.

3. Genehmigung des Protokolls Nr.5/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 18.09.2013

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 5/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 18.09.2013 wird genehmigt.

4. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

4.1. Besichtigung Fa. Stavermann

Herr Plogmann weist darauf hin, dass der ursprünglich für heute vorgesehene Besichtigungstermin bei der Fa. Stavermann auf das nächste Jahr verschoben wird.

**5. Berichtswesen 30.09.2013 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
Vorlage: MV/056/2013**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage wird verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende Selige bittet darum, im Berichtswesen zukünftig mehr textliche Darstellungen zu den sich ergebenden Veränderungen aufzunehmen.

Das Berichtswesen zum 30.09.2013 wird von den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Kenntnis genommen.

**6. Haushaltsplan 2014 - Entwurf Gesamthaushalt
- mündlicher Vortrag**

Von der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass für jedes Ratsmitglied ein Exemplar des Haushaltsentwurfs 2014 in den Fraktionsräumen bereit liegt.

Herr Plogmann gibt anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf 2014. Nachdem in den Jahren 2010 bis 2012 jeweils Überschüsse im Ergebnishaushalt erzielt werden konnten und auch für das Jahr 2013 gemäß Berichtswesen zum 30.09.2013 ein Überschuss prognostiziert werde, reiche der Saldo der Allgemeinen Finanzierungsmittel (22,5 Mio. €) in 2014 nicht aus, um den Bedarf der Fachbereichsbudgets (24,9 Mio. €) zu decken. Der Entwurf des Haushaltsplans 2014 weise daher einen Fehlbedarf in Höhe von rd. 2,4 Mio. € aus.

Bei der Gewerbesteuer werde davon ausgegangen, dass das hohe Niveau der Jahre 2011 bis 2013 nicht erreicht werden kann; eingeplant seien für 2014 21,5 Mio. €.

Im investiven Bereich seien Investitionen in Höhe von 9,6 Mio. € veranschlagt, von denen 7,9 Mio. € von der Stadt selbst finanziert werden müssen. Da dieser Betrag voraussichtlich nur teilweise aus vorhandener Liquidität gedeckt werden könne, sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,5 Mio. € eingeplant. Bei gleichzeitiger Tilgung von 650.000 € werde somit eine Nettoneuverschuldung von 2,85 Mio. € eintreten.

Angesichts dieser Entwicklung bleibe eine Aufgabenkritik unumgänglich; Ausgaben dürfen weiterhin nur mit Bedacht und Augenmaß geleistet werden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollten daher insbesondere im Investitionsbereich Prioritäten für die Durchführung von Maßnahmen gesetzt werden.

Auf Anfrage wird mitgeteilt, dass die bislang in der AG Aufgabenkritik gemachten Vorschläge noch nicht im Haushaltsentwurf 2014 berücksichtigt seien, da hierzu zunächst noch Beratungen in den Fraktionen stattfinden sollten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zum Haushaltsplan 2014 zur Kenntnis. Eine inhaltliche Diskussion erfolgt nicht.

Ratsmitglied Rehm bittet darum, eine Graphik über die Entwicklung der Personalkosten in den vergangenen 10 Jahren vorzulegen. Die Verwaltung weist darauf hin, dass mit Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens Personalkosten aufgenommen werden müssen, die in der Kameralistik nicht darzustellen waren. Außerdem müsse die Entwicklung der Personalkosten auch immer im Zusammenhang mit Veränderungen in der Aufgabenstruktur gesehen werden.

7. Stellenplan für das Jahr 2014 Vorlage: MV/059/2013

Die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Kenntnis genommen.

8. Änderung des Gebührentarifes für die Schlachttier- und

Fleischuntersuchung sowie Trichinenuntersuchung
Vorlage: BV/233/2013

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Änderung des Gebührentarifes für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung sowie Trichinenuntersuchung - Anlage 2 - wird beschlossen.
 Die neuen Gebühren gelten ab dem 01.01.2014.

9. NLG-Verträge: aktuelle Verfahrensstände und nachträgliche Genehmigung bisher fehlender Beschlüsse
Vorlage: BV/248/2013

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herr Stiegemeyer, berichtet, die NLG-Verfahren seien durch das Rechnungsprüfungsamt überprüft worden. Das Ergebnis der Prüfung sei mit der Vorlage vorgelegt worden. Im Wesentlichen fehlen die Beschlüsse des Rates als offiziell zuständiges Gremium, so dass formelle Defizite vorliegen. Im Ergebnis werde vorgeschlagen, die fehlenden Beschlüsse nachzuholen, die jeweiligen Verfahrenskonten abzuschließen und Umbuchungen zwischen den Verfahren zu vermeiden. Um eine bessere Transparenz zu erreichen sollten die politischen Gremien regelmäßig über Flächen-, Verfahrens- und Finanzstände informiert werden.

Frau Jantos spricht dem RPA ihren Dank aus für den ausführlichen Bericht, der gezeigt habe, dass einiges aufgearbeitet werden müsse. Sie habe nicht mit einer so umfangreichen Kritik gerechnet, aber nun müsse festgestellt werden, dass vieles daneben gelaufen sei. Von 20 Verfahren seien 13 ausdrücklich durch das RPA beanstandet worden. Den Vorschlag, mit einem pauschalen Beschluss einen Schlusstrich unter die Angelegenheit zu ziehen, habe sie daher als Beleidigung empfunden. Als „dicksten Brocken“ werte sie das Grundstücksgeschäft an der Raiffeisenstraße; hier sei ein Grundstückskauf im Wert von über 1,5 Mio. € getätigt worden, ohne die Politik darüber in Kenntnis zu setzen. Da eine der von diesem Grundstücksgeschäft betroffenen Firmen seinerzeit auch am Wahlkampf des Bürgermeisters beteiligt gewesen sei, müsse man sich fragen, ob es sich hier um Wirtschaftsförderung oder um eine Gefälligkeitsentscheidung gehandelt habe. Bezüglich der NLG-Verfahren sei somit eine weitere externe Aufarbeitung dringend erforderlich. Die Fassung eines Generalbeschlusses könne nicht mitgetragen werden.

Ratsmitglied Lorenz erklärt, beim Verkauf von Grundstücken bestehe eindeutig die originäre Zuständigkeit des Rates und auch bei Grundstücksankäufen über 50.000 € sei zweifelsfrei ein Ratsbeschluss erforderlich. Der Bürgermeister habe den Kauf eines Grundstückes für 1,5 Mio. € veranlasst, jetzt weise das Verfahren ein Minus von 1,64 Mio. € aus. Im vorliegenden Fall sei somit Gemeindevermögen beschädigt worden, so dass der Tatbestand der Untreue erfüllt sein könnte. Hier sei die Aufarbeitung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers erforderlich; erst danach könne entschieden werden, was zu machen sei. Er fordere die Verwaltung auf, ihr Verhalten zu ändern und Transparenz zu schaffen.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer erklärt, die NLG bekomme alle Auslagen für externe Leistungen erstattet. Für getätigte An- und Verkäufe erhalte sie eine Provision und für erforderliche Zwischenfinanzierungen eine vertraglich festgesetzte Verzinsung. Im Fall Raiffeisenstraße habe er nicht verstanden, warum Firma. A. nicht direkt an Firma B. verkauft

habe. Es stelle sich hier daher die Frage nach dem genauen Ablauf und er bitte, die entsprechende Historie darzustellen.

Ratsmitglied Rehm erklärt, er habe kein Problem damit, die Angelegenheit extern prüfen zu lassen. Er möchte aber daran erinnern, dass man bereits Ende der 1980er Jahre in das System eingestiegen sei und mit der NLG immer gut gefahren sei. In der damals bestehenden schwierigen Finanzsituation sei man dankbar gewesen, einen Erschließungsträger gefunden zu haben.

Ratsmitglied Jantos kritisiert, dass lange Zeit keine Übersicht über die Verfahrensstände vorgelegt worden sei. In den Verfahren sei Geld hin- und hergeschoben und ein Schattenhaushalt geführt worden, über den der Rat keine Informationen bekommen habe.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, er habe keine Bedenken gegen eine Aufarbeitung und verstehe den Unmut darüber, dass die Vorlage der Verfahrensstände lange gedauert habe. Angesichts der Komplexität des Themas bitte er aber um Verständnis.

Bürgermeister Pohlmann verwahrt sich gegen die Spekulation von Frau Jantos. Es handele sich ausschließlich um eine Maßnahme der Wirtschaftsförderung, um die Abwanderung von zwei Unternehmen zu verhindern und ihnen stattdessen neue Perspektiven zu eröffnen.

Mit den geschlossenen Verträgen habe der Rat Regelungen mit der NLG vereinbart. Wenn diese nicht mehr gelten sollen, müsse der Geschäftsbesorgungsvertrag geändert werden. Im Fall Raiffeisenstraße sei ein formaler Fehler gemacht worden, die Darstellung des Ratsherrn Lorenz sei aber nicht richtig. Es dürfe nicht nur der aktuelle Verfahrensstand betrachtet werden, sondern es müsse auch der dagegen stehende Bilanzwert gesehen werden. Durch das Grundstücksgeschäft sei der Stadt kein Schaden entstanden. Um die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit erklären zu können, seien viele Informationen erforderlich, die aber nicht öffentlich dargelegt werden sollten.

Nach Ende der Diskussion fasst der Ausschussvorsitzende die Forderungen der Ausschussmitglieder zusammen: Es soll schnellstmöglich eine Aufarbeitung der Verfahren durch einen externen Wirtschaftsprüfer erfolgen; dabei soll insbesondere überprüft werden, ob der Stadt ein Schaden entstanden ist und ob alle Vorschriften eingehalten worden sind.

Herr Lorenz fordert den Bürgermeister auf, dafür Sorge zu tragen, dass zwischenzeitlich keine Akten vernichtet werden.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die im Rahmen der Aufarbeitung der NLG-Verfahren vom RPA getroffenen Feststellungen und die dem RPA bisher nicht möglichen Prüfungen sollen von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft werden.

Hierzu ist ein Prüfauftrag zu formulieren und dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

10. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

11. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige
Vorsitz

Plogmann
i. V. Bürgermeister

Baller
Protokollführung